

Erste programmatische Schwerpunkte

**Bürgerlich-Demokratische Partei Schweiz
Kanton Solothurn (BDP Kanton Solothurn)**

17. Juni 2009

Erste programmatische Schwerpunkte

Das vorliegende Programm gibt bewusst nicht zu sämtlichen Fragestellungen in der aktuellen Politik Antworten.

Wir konzentrieren uns auf sehr knapp formulierte Grundsätze mit entsprechenden Kommentaren/Vertiefungen.

Ergänzend zu diesen Grundsätzen legt die BDP in einem periodisch zu erneuernden Aktionsplan fest, welche konkreten Schritte in der aktuellen Politik unternommen und welche Haltung zu Ideen und Vorlagen (Gesetze, Initiativen usw.) in Parlamenten (Bund, Kantone, Gemeinden) und der öffentlichen Debatte eingenommen wird.

Die Reihenfolge der aufgeführten Punkte bedeutet keine Gewichtung.

1

Der Staat sorgt für ein überdurchschnittlich gutes Bildungssystem, welches Chancengleichheit für alle gewährt.

Alle sagen es, wir auch: Unser Land ist rohstoffarm und muss deshalb voll auf die Ressourcen seiner Bürgerinnen und Bürger setzen. Das bedeutet, dass wir ganz besondere Anstrengungen im Bereich der Bildung, Ausbildung, Entwicklung und Forschung unternehmen müssen. Dabei gilt es, sich an den steigenden Leistungen anderer Völker weltweit zu messen. Der globale Wettbewerb wird auf den Feldern der Bildung und Innovationskraft entschieden werden. Wir dürfen stolz sein auf das recht gute Bildungssystem in der Schweiz, sollten dabei aber kritisch bleiben. Wir haben dafür zu sorgen, dass alle in den Genuss einer guten soliden Bildung kommen, also auch die Schwachen. Aber wir brauchen auch Eliten, überdurchschnittlich Begabte und Leistungsorientierte. Diese gilt es besonders zu fördern; sie sind in Zukunft für den Wohlstand des ganzen Volkes von grosser Bedeutung. Leistungsorientierung im Bildungswesen ist richtig. Schweizweite Harmonisierungsbestrebungen in der Volksschule sind sehr begrüssenswert. Mit der gesellschaftlichen Entwicklung und immer arbeitsteiligeren Wirtschaft ist es notwendig, dass die Eltern bei der Wahrnehmung ihrer unerlässlichen privaten Verantwortung für Erziehung und Förderung von der Gemeinschaft unterstützt werden. Lehrer sowie Schulen müssen von Politik und Wirtschaft mehr Anerkennung und Unterstützung bekommen. Klare Regeln sollen als Ausdruck eines demokratisch anerkannten Wertesystems im Bereich Bildung auf allen Ebenen durchgesetzt werden. Die verschiedenen Wege der beruflichen Bildung (Grundbildung und Höhere Berufsbildung / Kaderausbildung) müssen in unserem Land auch in Zukunft besonders gefördert werden. Einzelne Universitäten und Fachhochschulen sollen für ihren Kampf im internationalen Wettbewerb von Staat und Wirtschaft stärker als bisher unterstützt werden. Staat und Privat im Verbund sind stark (siehe aktuelle Berufsbildung). Der Privatisierung der Volksschulen steht die BDP kritisch gegenüber. Die Staatsschule muss durch internen Wettbewerb gestärkt werden. Der sozialen Durchmischung in der Volksschule kommt gesellschaftspolitische und daher auch staatspolitische Bedeutung zu. In einem abgesteckten Rahmen sollen sich die Privatschulen auf der Volksschuleebene weiterentwickeln können. Private Trägerschaften auf der Sekstufe II und im Tertiärbereich will die BDP bewusst fördern.

2

Die BDP setzt sich für eine starke und glaubwürdige Sicherheitspolitik ein und steht zum Auftrag der Armee. Organisation, Ausbildung und Ausrüstung haben diesem zu entsprechen. Auslandseinsätze nach bisherigen Grundsätzen sollen auch in Zukunft möglich sein.

Die BDP setzt sich für eine glaubwürdige Armee mit klaren Aufträgen ein: Die Armee verteidigt die Schweiz und ihre Bevölkerung. Sie unterstützt die zivilen Behörden, wenn deren Mittel nicht mehr ausreichen, und sie leistet Beiträge zur internationalen Friedensförderung. Diese drei Aufträge sind in der Bundesverfassung und im Militärgesetz verankert und von den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern bestätigt worden.

Ein militärischer Angriff erscheint heute zwar wenig wahrscheinlich, kann aber nicht für alle Zukunft ausgeschlossen werden. Die Armee muss deshalb in der Lage sein, innert nützlicher Frist zur Abwehr eines militärischen Angriffs gewappnet zu sein. Das bedingt, dass ihr die dazu nötigen finanziellen Mittel zugesprochen werden, wofür sich die BDP entschieden einsetzt. Die Unterstützungseinsätze der Armee zugunsten der zivilen Behörden im Inland sollen nur subsidiär erfolgen, zeitlich begrenzt sein und sich auf

grosse Ereignisse beschränken. Die Entsendung von Schweizer Armee-Kontingenten im Rahmen der internationalen Friedensförderung soll sich auf Europa beschränken. Kooperation ist weiterhin die richtige sicherheitspolitische Grundstrategie, sowohl im Inland wie auch gegen aussen. Die Sicherheit im Innern wird im Zusammenspiel zwischen den verschiedenen Ebenen (Gemeinden, Kantone, Bund) und Instrumenten (Polizei, Armee, Bevölkerungsschutz u.a.) gewährleistet.

Auch international wollen wir zusammenarbeiten. Dies allerdings nur so weit, wie es unsere Neutralität zulässt. Ein Beitritt zu einem Verteidigungsbündnis ist ausgeschlossen. Bevölkerung und Armee dürfen nicht auseinanderdriften, weshalb am Milizsystem festzuhalten ist. Dieses sorgt dafür, dass die Armee in der Bevölkerung verankert bleibt und dass sie vom Wissen und den Fähigkeiten der Bürgerinnen und Bürger profitieren kann.

3

Die BDP ist für einen starken Staat in klaren Grenzen und eine zukunftsfähige Gesellschaft. Dafür will sie sich zusammen mit anderen politischen Kräften einsetzen.

Im System der schweizerischen Demokratie wirkt es mehr als eigenartig, wenn sich eine Partei grundsätzlich zur Oppositionspartei erklärt. In der direkten Demokratie ist dies nicht sinnvoll. In vielen anderen Ländern, welche die parlamentarische Demokratie kennen, macht eine klare Teilung zwischen Regierung und Opposition Sinn. Die einen haben auf eine begrenzte Zeit die Macht und können anschliessend gestalten, die Opposition kontrolliert, kritisiert und wetteifert um die Gunst der Wählenden, indem sie bessere Konzepte für die Zukunft anpreist. In der Schweiz jedoch sieht dies die Verfassung ausdrücklich nicht vor, sondern will ausdrücklich, dass das Volk über die Gesetze direkt abstimmen muss resp. kann. Natürlich kann es bei uns auch zur Situation kommen, dass eine Partei oder zwei eng verbundene Parteien die Mehrheit haben, sich sogar zu einem verbindlichen Programm verpflichten während die anderen in der Minderheit und allenfalls gar nicht in der Regierung vertreten sind. Dennoch haben solche Mehrheiten in Regierung und Parlament keine Garantie, dass das Volk den einzelnen Gesetzen zustimmt. Immer wieder hat es „wechselnde Mehrheiten“ gegeben und wird es immer wieder geben. Die BDP ist bereit, mit anderen Parteien konstruktiv zusammenzuarbeiten und lehnt fundamentalistisches Oppositionsgehabe ab. Wir von der BDP betreiben von Fall zu Fall ganz konkret bei einzelnen Sachgeschäften wenn nötig Opposition und begründen dies mit unseren Auffassungen in der Sache und mit besseren Ideen.

4

Die Grundlage für Wachstum und Wohlstand sind Freiheit, Handeln in Eigenverantwortung und Leistungsbereitschaft. Die Interessen und die Förderung der KMU sowie der Leistungsträger im Angestelltenverhältnis sind der BDP ein besonderes Anliegen.

Freiheit und Marktwirtschaft sind unverzichtbare Grundlagen einer erfolgreichen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung. Die liberale Gesellschaft gewährt so viel Freiheit wie möglich und fordert von den Bürgerinnen und Bürgern ein hohes Mass an Eigeninitiative und selbstverantwortlichem Handeln. Jede Freiheit hat Grenzen; diese Grenzen sind dort, wo die Freiheit der andern beginnt. Freiheit und Verantwortung gehören zusammen. Der Staat sorgt für klare, überschaubare und faire Regeln und Rahmenbedingungen. Der BDP sind die mittelständisch denkenden und handelnden Menschen ganz besonders wichtig. Ein starker Mittelstand mit möglichst vielen selbständigen Unternehmen (insbesondere KMU) sowie qualifizierten Kaderangestellten ist von höchster Bedeutung für die Stabilität unserer Wirtschaft und Gesellschaft. Mittelständisches Denken und Handeln ist von nachhaltigem, generationenübergreifendem und solidem Finanzverhalten, Leistungsbereitschaft sowie Verantwortungsbewusstsein der Gemeinschaft gegenüber geprägt. Diesem Mittelstand gilt unsere besondere Aufmerksamkeit. Er muss aktiv vor immer mehr Belastungen geschützt und womöglich entlastet werden.

5

Aussenpolitik bedeutet für die BDP die Vertretung der Interessen unseres Landes und ausdrücklich nicht das Verfolgen ideologischer linker oder rechts-nationaler Ziele.

Viele internationale Abkommen dienen unserer Sicherheit, insbesondere auch der internationalen Rechtssicherheit (Handelsrecht, Völkerrecht u.a.). Diese ist für ein rohstoffarmes Binnenland wie die Schweiz mit einer kleinen Bevölkerungszahl, aber in hohem Grade wirtschaftlich weltweit verflochten, von grösstem Interesse und Nutzen. In diesem Sinne sind aussenpolitische Aktivitäten, auch wenn sie nicht

immer auf Antrieb als „nützlich“ erkannt werden, für die Schweiz ausserordentlich wichtig. Aussenpolitik mit qualitativ hochstehender Diplomatie dient der Vertretung der Interessen der Schweiz und bietet zudem die Möglichkeit, unsere Solidarität mit der Welt unter Beweis zu stellen; eine Solidarität, auf die wir in ganz besonderem Masse selbst auch angewiesen sind. Der Stellenwert der Aussenpolitik wird wegen der verstärkten Globalisierung in verschiedensten Bereichen für unser Land an Bedeutung zunehmen. In vielen Bereichen ist Aussenpolitik schon Innenpolitik und wird es noch mehr werden. Die BDP will daher im Interesse unserer Bevölkerung der Aussenpolitik besondere Aufmerksamkeit schenken.

6

Die BDP steht hinter einer aktiven Mitgliedschaft der Schweiz in der UNO, beim Schengen/ Dublin-Abkommen sowie dem engagierten Mitwirken in verschiedenen internationalen Organisationen. Die Schweiz soll neutral bleiben.

Durch die stete Weiterentwicklung der Wissenschaft und Technologie sind die nationalen Grenzen zwangsweise, also ob gewollt oder nicht gewollt, durchlässiger geworden. Die Informationsflüsse (Internet...!), die Digitalisierung, die Mobilität, die riesigen Transportkapazitäten sowie die enormen Kapitalverschiebungen zwingen die traditionellen Nationalstaaten zu mehr Kooperation. In ihrem eigenen Interesse ist die Schweiz gut beraten, sich bei vielen weltweit tätigen Organisationen und Institutionen zu engagieren. Natürlich sind viele internationale Organisationen nicht so effizient und bleiben oft im Debattieren stecken. Dennoch dürfen die Leistungen z.B. der UNO und etlicher ihrer Unterorganisationen nicht unterschätzt werden (Feststellen von Entwicklungen, Informations- und Meinungs austausch).

Mitgestalten ist allemal besser als nur nachvollziehen, was andere bestimmt haben. Durch aktives Mitmachen können wir neben sinnvollen Beiträgen zur Lösungsfindung internationaler Probleme auch stets für die spezifischen Anliegen unseres Landes werben und eintreten. Aussenpolitik ist immer auch Vertretung der eigenen Interessen. Neben der humanitären Idee für die ganze Menschheit ist es auch für uns selbst gut, wenn es gelingt, durch die Schaffung gegenseitiger Abhängigkeiten Kriege zu verhindern oder zumindest sehr zu erschweren. Schengen/Dublin dient der Sicherheit unseres Landes. Eine Isolierung beim Informationsaustausch und der Zusammenarbeit im Bereich der europäischen Polizeiarbeit wäre für unser Land langfristig von grossem Nachteil. Die Schweiz soll ihre traditionelle militärische Neutralität gemäss internationaler Anerkennung beibehalten und sie auch zu einer aktiven Aussenpolitik nutzen.

7

Die BDP ist gegen einen EU-Beitritt, unterstützen aber klar und unmissverständlich den bilateralen Weg und steht zu den Abkommen bezüglich Personenfreizügigkeit mit der EU.

Die Schweiz ist Teil der europäischen Nationen- und Staatenfamilie. Viele wichtige kulturelle Gemeinsamkeiten prägen uns als Europäer: Demokratie, Menschenrechte, Rechtsstaat, soziale Marktwirtschaft, christliche Grundwerte. Wirtschaftlich ist unser Land sehr stark mit diesem Europa verknüpft.

Europas Schicksal ist von grösster Bedeutung für unser eigenes. Unabhängig davon, ob die EU als Projekt Europas als gut oder schlecht beurteilt wird, steht fest, dass die Schweiz im eigenen Interesse solide, pragmatische und freundschaftliche Beziehungen zur EU pflegen muss und will. Auf Dauer könnten wir uns massive Dauerkonflikte mit der EU nicht leisten. Europa kann notfalls ohne die Schweiz leben, die Schweiz ohne Europa wohl kaum. Diese Erkenntnis darf uns jedoch nicht dazu verleiten, unsere Interessen nicht mit Nachdruck und Selbstbewusstsein zu vertreten. Unsere Europapolitik muss die Bemühungen um die wirtschaftliche und gesellschaftliche Stabilität des Kontinentes unterstützen. Dies ist ganz klar im Interesse unseres Landes und dessen Selbstbestimmung. Frieden und Stabilität in Europa sind Voraussetzung und Fundament für die eigene freiheitliche Entwicklung.

Ein EU-Beitritt ist zur Zeit aus Sicht der BDP kein Ziel schweizerischer Aussenpolitik. Aktuell und auch in naher Zukunft sind die Beziehungen zur EU ohne Beitritt genügend gestaltbar. Diese Position ist immer wieder zu überprüfen. Entscheidend ist dabei nicht eine ideologisch sture nationalistische Haltung, sondern das Wohl und die Interessen unserer Bevölkerung und unseres Landes. Wir sehen die Zusammenarbeit der Schweiz mit der EU und die Wahrung unserer Interessen primär im Rahmen bilateraler Verträge bei allen sich stellenden Problemen.

8

Politik muss transparent, sach- und lösungsorientiert sein. Konstruktiver Dialog mit allen Kräften des Landes sowie Respekt Andersdenkenden gegenüber sind bedeutsam.

Politische Debatten und Auseinandersetzungen verstehen wir als Streit und Kampf der Ideen sowie ein Ringen um die beste Lösung. Polis (griechisch) bedeutet Sache der Gemeinschaft. Wir machen nicht Politik aus reinem persönlichem Eigeninteresse. Selbstverständlich darf der einzelne Mensch als Politiker/in auch Freude haben. Er darf für seine seine Wahl/Wiederwahl oder für seine Position kämpfen und sich zu einer Sache oder Idee pointiert und unmissverständlich bekennen. Politisieren ist auch eine persönliche Sache, bei der positive und negative charakterliche Facetten zum Ausdruck kommen. Es ist aber unsere Pflicht, uns immer wieder bewusst zu sein, um was es geht, nämlich um die besten Lösungen für das Zusammenleben und Funktionieren der Gemeinschaft. In der politischen Auseinandersetzung ergreifen wir Partei. Wir wollen unsere Ideen, von denen wir überzeugt sind, durchsetzen. Dafür kämpfen wir, engagieren wir uns mit Verstand und Herz. Entscheidend ist dabei die urdemokratische Haltung sowie das entsprechende Handeln. Wenn wir uns durchsetzen, dürfen wir uns freuen. Wenn wir verlieren, sind wir sicher enttäuscht. Aber weder Sieg noch Niederlage berechtigen uns zu destruktivem Verhalten und erst gar nicht zur Verachtung, Demütigung und zum Lächerlichmachen politisch Andersdenkender. Respekt vor anderen Menschen, Ideen, Parteien sind Kern einer echten demokratischen Kultur. Unser Motto ist zwar nicht neu, aber sehr wichtig und stets aktuell: Hart in der Sache, fair im Umgang.

9

Demokratie und Rechtsstaat gehören zusammen. Die BDP widersetzt sich einem gegenseitigen Ausspielen entschieden.

Der Rechtsstaat ist die Waffe der Demokratie. Er ist Garant für die korrekte Umsetzung des Volkswillens. Die BDP setzt sich daher ein für einen gut funktionierenden Rechtsstaat und für die Stärkung der Grundpfeiler, auf welche er sich stützt. In einer liberalen Demokratie ist es Aufgabe des Rechtsstaates, Sicherheit für alle zu garantieren. Rechtsfreie Räume dürfen nicht toleriert werden. Nebst den Gefahren, die davon ausgehen, destabilisiert die damit einhergehende Unsicherheit unsere Demokratie; Bürgerinnen und Bürger, welche in solchen Räumen Opfer von Angriffen werden, verlieren das Vertrauen in unsere Behörden. Die BDP setzt sich daher entschieden für die Garantie der Sicherheit für mehr Freiheit ein. Wir wollen eine leistungsfähige Verwaltung, im Dienste von Bürgerinnen und Bürgern. Die BDP unterstützt die Bestrebungen zur Verbesserung der Effizienz in der Verwaltung mittels Qualitätssicherungsprozessen (Bsp. ISO Label). Wir begrüßen Marktöffnungen, soweit es die Art der Dienstleistung erlaubt (Bsp. Paketpost; Mobiltelefonie). In einer Demokratie garantiert der Rechtsstaat seinen Bürgerinnen und Bürgern ein hohes Mass an Mitwirkung. Der Staat ist verpflichtet, dem Volkswillen Nachachtung zu verschaffen. Die BDP verlangt daher von der Verwaltung einen hohen Respekt vor Volksentscheiden verbunden mit einer Verpflichtung zur strikten Sachlichkeit. Die Teilung der Gewalten in Judikative, Legislative und Exekutive garantiert das gute Funktionieren unserer Demokratie. Gerichtentscheide sind zu respektieren. Die BDP ist überzeugt, dass es weder Aufgabe der Legislative noch der Regierung ist den Gericht Weisungen zu erteilen oder gar an deren Stelle Beurteilung in deren Kompetenzbereich vorzunehmen. Andererseits haben wir in der Schweiz eine lange föderale Tradition. Das Zusammenspiel der Behörden auf kommunaler, kantonaler und eidgenössischer Ebene ist komplex und verlangt von den politischen Parteien besondere Koordinationsanstrengungen.

10

Der Rechtsstaat muss Gewalt im öffentlichen Raum und Kriminalität konsequent bekämpfen und so seine Bürgerschaft glaubwürdig schützen.

Die Bürgerinnen und Bürger der Schweiz müssen sich Tag und Nacht ohne Angst in unserer Öffentlichkeit bewegen können. Die öffentliche Sicherheit ist ein Grundpfeiler des staatlichen Auftrages. Sie muss vom Gemeinwesen erfüllt werden. Tätigkeiten und Verhalten, die die öffentliche Sicherheit gefährden, sind zu unterbinden. Unbewilligte Demonstrationen werden nicht toleriert und von den politischen Verantwortungsträgern und der Polizei verhindert. Gewalt und Sachbeschädigung im öffentlichen Raum werden rigoros geahndet. Täter werden den Strafverfolgungsbehörden übergeben. Vermummte werden verzeigt. Bettelverbote sind zu prüfen. Wer den öffentlichen Raum mit Dreck, Müll oder Sprayereien verunstaltet, muss dafür die Verantwortung übernehmen. Wir sind uns sehr wohl

bewusst, dass diese Forderungen mehr Polizei verlangt. Wir stellen uns dieser Verantwortung und sind bereit, die finanziellen Konsequenzen mitzutragen.

11

Die Interessen der Jungen sind der BDP wichtig. Die Zukunft gehört ihnen. Deshalb sind sie in die Entscheidungsprozesse einzubeziehen.

Die jungen Bürgerinnen und Bürger bilden das zukünftige Rückgrat unserer Gesellschaft. Das politische Verständnis, das wir ihnen heute vermitteln, wird sich in der künftigen Politik ausdrücken. Wir wollen unseren jungen Mitgliedern eine Politik der Verantwortung und des gegenseitigen Respekts vorleben. Eine Politik, die auf Eigenverantwortung und der Akzeptanz der Andersdenkenden basiert.

Eine Ideologie, die möglichst alle gesellschaftlichen Verantwortungen dem Staat übertragen will, ist genauso zukunftsfeindlich, wie ein System der Ausgrenzung und der Intoleranz. Die junge Bevölkerungsschicht hat immer grössere Soziallasten zu tragen. Damit der Generationenvertrag nicht ins Wanken kommt, müssen die Jungen für ihre Aufgaben sensibilisiert werden. Andererseits darf die Gesellschaft die Soziallasten nicht immer konzentrierter den Jungen aufbürden. Vielmehr müssen Finanzierungssysteme gefunden werden, welche die Jungen, insbesondere die jungen Familien, wieder vermehrt entlasten – auch bei den Sozialabgaben. Wir bieten jungen Interessierten die Möglichkeit, sich aktiv und direkt in der BDP zu engagieren und Verantwortung zu übernehmen.

12

Die Frauen sind bei der Besetzung öffentlicher Ämter und von Kaderpositionen gleichwertig zu berücksichtigen. Dies ist ein Anspruch auch an uns selbst.

Die BDP will Frauen bewusst und gezielt fördern. Dies ist eine konkrete Verpflichtung für alle Gremien und Repräsentanten/innen der Partei. Dort, wo sich Chancen bieten, qualifizierte Frauen in Kaderpositionen zu bringen oder in öffentliche Ämter zu wählen, sollen die BDP und ihre Vertreter/innen aktiv werden. Quotenregelungen lehnen wir klar ab. Es ist selbstverständlich, dass nicht eine Frau einem Mann vorgezogen wird, nur weil sie eine Frau ist; die Qualifikation muss bei beiden Geschlechtern stimmen. Wir sind aber der Meinung, dass es noch zu wenig Frauen in Führungspositionen hat. Frauen bringen mit ihrer Lebensbiografie andere Werte und Eigenschaften ein. Eine gute Durchmischung der Geschlechter auf möglichst allen Stufen soll mit der Zeit ganz normal sein. Alle werden davon profitieren. Manche Frauen sind trotz ihrer guten Qualifikation manchmal nicht bereit, Karriereschritte zu machen, aus verschiedensten Gründen. Wir wollen nicht drängen und „erzwingen“, aber ermutigen. Dazu gehört auch, dass sich die BDP konsequent für die Lohngleichheit einsetzt. Dies ist nicht durch staatliche Vorschriften zu erreichen, sondern durch Überzeugungsarbeit und konkretes Handeln. Die BDP will diese Politik auch bei sich selbst umsetzen und sich daran messen lassen.

13

Familien und andere bewährte häusliche Gemeinschaften sind für die Entwicklung und Stabilität der Gesellschaft von grösster Bedeutung. Die BDP setzt sich für deren Stärkung ein.

Die BDP betrachtet die traditionelle Ehe und Familie als sehr solide und bewährte Institution der privaten häuslichen Gemeinschaft und als Urzelle der Gesellschaft. Wir anerkennen aber auch, dass diesbezüglich im Verlauf der letzten Jahrzehnte massive Veränderungen eingetreten sind. Diese gilt es zu respektieren und als gesellschaftliche Realitäten anzuerkennen: Familien mit alleinerziehendem Elternteil und Familien ohne traditionelle Ehe. Entscheidend ist die Tatsache, dass sich die Menschen in ihren kleinsten privaten häuslichen Gemeinschaften wohl fühlen, sich solidarisch verhalten, den Kindern einen Hort der Geborgenheit geben und ihnen Werte sowie soziales Verhalten vermitteln. Kinder und damit deren häusliche Gemeinschaften müssen beste Rahmenbedingungen haben. Da kommt der Staat nicht darum herum, seine gezielten Beiträge zu leisten. Aber auch die Wirtschaft muss es vermehrt ermöglichen, dass Männer und Frauen mit neueren Lebensformen sich sowohl den familiären wie auch den beruflichen Aufgaben widmen können. Die BDP setzt sich in diesem Sinne für die Stärkung und Verbesserung der Lebenssituation der Familien und Kinder ein. Bei den Steuern will die BDP die Benachteiligung bei Verheirateten eliminieren und für eine bessere Entlastung für jene einstehen, welche für Kinder sorgen.

14

Die BDP unterstützt eine nachhaltig produzierende Landwirtschaft, die zur Ernährungssicherheit und der Pflege der Kulturlandschaft in unserem Land einen wesentlichen Beitrag leistet.

Die schweizerische Landwirtschaft versorgt die Bevölkerung mit gesunden und hochwertigen Nahrungsmitteln welche tierfreundliche und ökologische produziert werden. Sie leistet einen wichtigen Beitrag zur Ernährungssicherheit, zur dezentralen Besiedlung und sorgt für attraktive und gepflegte Kulturlandschaften als Trumpf für den Tourismus, aber auch zum Schutz vor Umweltschäden. Die Produktion landwirtschaftlicher Güter erfolgt auch unter dem Aspekt der Wirtschaftlichkeit. Moderne und innovative Betriebsformen ermöglichen dies. Die Produktionsmöglichkeiten in der Schweiz werden durch Klima und Topografie stark eingeschränkt. Zudem wird die Wettbewerbsfähigkeit für eine Branche, die zu 100% an den Produktionsstandort Schweiz gebunden ist, durch das schweizerische Lohn- und Kostenniveau beeinträchtigt. Entsprechend sollen ökologische und dem Gemeinwohl dienende Leistungen der Landwirtschaft auch zukünftig dem Aufwand entsprechend abgegolten werden. Der Strukturwandel muss in einem sozial und betriebstechnisch vertretbaren Tempo erfolgen. Einkommensausfälle aus allfälligen Handelsabkommen sind abzufedern. Durch eine klare Deklarationspflicht und eine Reduktion der kostentreibenden Vorschriften, ist die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. Der Erhalt des Kulturlandes als wichtige Produktionsgrundlage, muss mit einer entsprechenden gestellt werden.

15

Die BDP schenkt der Umwelt ihr volle Aufmerksamkeit. Die BDP ist bereit, kreativ an wirksamen Schutzmassnahmen mitzuwirken. Dabei stehen Verursacherprinzip und Anreizsysteme gegenüber staatlichen Massnahmen im Vordergrund.

Umwelt und Natur bilden unseren gemeinsamen Lebensraum. Damit diese wunderbaren Ergebnisse Jahrmillionen alter Evolution und Erosion auch für unsere nächsten Generationen erhalten bleiben, braucht es unsere vollste Aufmerksamkeit. Wir erkennen die Veränderungen der Umweltbedingungen hervorgerufen durch die Erwärmung des Weltklimas. Wir anerkennen den Handlungsbedarf zum Schutze unserer Umwelt als Investition in die nächsten Generationen. Schutzmassnahmen sind so viele wie nötig und so wenige wie möglich sinnvoll einzusetzen. Landschafts- und Ortsbildschutz ist gegenüber Projekten im Bereich der erneuerbaren Energien zurückzustellen. Der wirtschaftliche Nutzen der Energieproduktion im Bereich erneuerbarer Energien ist hoch zu gewichten. Innovativen Projekten zur Nutzung alternativer Energiequellen (Solar, Wind, Wasser etc) ist mit geeigneten Lockerungen der Bau- und Schutzgesetzgebung der nötige Spielraum zur Realisierung zu geben. Die Förderung erneuerbarer Energien ist ein Weg, der es uns erlaubt, die Wertschöpfungskette grösstenteils in unseren Regionen zu halten. Natürliche einheimische Energierohstoffe garantieren eine grosse Verfügbarkeit im eigenen Land und einen zusätzlichen Verdienstzweig in der Schweiz.

16

Die Versorgungssicherheit bei der Energie ist von zentraler Bedeutung. Neben effizienterem Energieeinsatz ist auch die Energie-Produktion im eigenen Land zu erhöhen. Dabei ist der Reduktion von CO2 Rechnung zu tragen.

Für die Schweiz ist eine gut funktionierende Energieversorgung von entscheidender Bedeutung. Energie und insbesondere Elektrizität sind aus unserem Leben nicht mehr wegzudenken. Beide begleiten uns am Arbeitsplatz in der Industrie, im Gewerbe, im Dienstleistungssektor und in der Landwirtschaft, aber auch in der eigenen Wohnung und in der Freizeit. Eine ausreichende, wirtschaftliche, vielseitige und umweltschonende Energieversorgung bildet deshalb die Voraussetzung für eine prosperierende Entwicklung der Volkswirtschaft. Wir unterstützen die bundesrätliche Energiestrategie, welche die erneuerbaren Energien und die Energieeffizienz fördern will. Für die langfristige Sicherstellung der Energieversorgung und der Netzstabilität unterstützen wir ebenso die Realisierung von grossen technologischen Produktionsanlagen, welche zur Erreichung der CO2-Reduktionsziele beitragen. Der inländischen Stromerzeugung muss Priorität eingeräumt werden. Eine Abstützung der Energieversorgung auf Importen ist nicht erstrebenswert, weil bei dieser Lösung die Investitionen und die Wertschöpfung exportiert würden und bei Versorgungsengpässen Lieferschwierigkeiten zu erwarten wären.

17

Die urbanen Wirtschaftszentren sind für die Weiterentwicklung unseres Landes von grosser Bedeutung. Sie müssen in ihrer Konkurrenzfähigkeit gestärkt werden.

Die urbanen Wirtschaftszentren sind die Motoren der wirtschaftlichen Entwicklung. Es gilt die Voraussetzungen zu schaffen, dass diese im nationalen und internationalen Konkurrenzkampf bestehen können. Dies liegt auch im Interesse des strukturschwächeren Hinterlandes. Dynamische Zentren wirken als Zugpferde für die Ansiedlung neuer Unternehmungen und fördern damit die Schaffung und den Erhalt von Arbeitsplätzen. Dies gelingt dann besonders gut, wenn Konzernsitze und Entscheidungszentren grosser Unternehmungen, Forschungsbetriebe, Betriebe der Hochtechnologie sowie Fachhochschulen und Universitäten in den Wirtschaftszentren angesiedelt sind. Voraussetzung für die dynamische Weiterentwicklung von Wirtschaftszentren ist eine gute Verkehrsanbindung an das internationale Schienen- und Strassennetz. Die reibungslose Zufahrt zu den wirtschaftlichen Kernregionen ist ein Muss. Gleichzeitig müssen Ortsumfahrungen realisiert werden, damit die Agglomerationen nicht durch unzumutbare Verkehrsverhältnisse und Dauerstaus in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung behindert werden. Ein vielfältiges Angebot in den Bereichen Freizeit und Kultur trägt zur Attraktivität der Zentren bei. Sicherheit für Kultur- und Begegnungsbereiche ist sehr wichtig. Ihnen kommt auch Vorbildfunktion für eine sozial stabile und integrative Politik zu. Die Kinder- und Familienfreundlichkeit ist dabei gezielt zu fördern durch ein qualitativ hochstehendes Bildungsangebot an den Schulen, verlässliche und flexible Betreuungsstrukturen, ein sicheres Wohnumfeld und bezahlbaren Wohnraum.

18

Die BDP setzt sich für die dezentrale Besiedelung der Schweiz und für die damit verbundenen Massnahmen ein.

Eine wesentliche Stärke der schweizerischen Gesellschaft ist deren Zusammenhalt über die verschiedenen geografischen Regionen hinaus. Diesen Grundwert gilt es zu erhalten. Eine lebendige dezentrale Besiedelung ist Garant für eine vielfältige Kultur und trägt zur Bewahrung der vielen Traditionen unserer Gesellschaft bei. Wir setzen uns für eine Förderung der ländlichen Regionen ein, indem wir gezielt die Stärken der jeweiligen Räume fördern. Dabei achten wir auf einen effizienten Mitteleinsatz.

Indem wichtige öffentliche Grundinfrastrukturen dezentral angesiedelt bleiben sorgen wir für dynamische Regionalzentren. In den diesen müssen sehr gute Aus- und Weiterbildungsangebote bestehen. Im Rahmen der Strukturreformen in der Landwirtschaft werden zukünftig zahlreiche Gebäude nicht mehr für die Produktion genutzt. Die Raumplanungsgesetzgebung ist dahingehend anzupassen, dass eine rasche, unbürokratische Umnutzung dieser Bausubstanz erreicht werden kann. Durch gezielte Massnahmen fördern wir das Verständnis und das Miteinander der Landregionen mit den Zentren und umgekehrt.

19

Die öffentliche Hand geht mit ihren finanziellen Mitteln haushälterisch um und hält sich an strenge Regelungen.

Es geht derjenigen Landesbevölkerung gut, deren Wirtschaft gut läuft. Die Wirtschaft braucht stabile finanzpolitische Rahmenbedingungen bei guten staatlichen Dienstleistungen und möglichst tiefen Steuern. Der Staat muss deshalb ebenso leistungsfähig wie schlank bleiben. Die demographische Entwicklung wird die sozialen Sicherungssysteme und die öffentlichen Haushalte allerdings in steigendem Masse belasten. Gleichzeitig erfordert der nationale und internationale Standortwettbewerb, dass der Staat Handlungsspielräume schafft, um auf neue Entwicklungen zu reagieren. Erforderlich sind insbesondere Mittel, um gezielt zukunftsgerichtete politische Schwerpunkte zu setzen, namentlich in den Bereichen Bildung, Forschung, Verkehr, Umwelt und Sicherheit. Nur finanziell gesunde öffentliche Haushalte sind in der Lage, diese mannigfaltigen Herausforderungen zu bewältigen, ohne dabei künftige Generationen mit der Anhäufung von Schulden zu belasten. Der Schuldenstand von Bund und Kantonen ist deshalb weiterhin entschlossen zurückzuführen. Eine dem Grundsatz der konsequenten Entschuldung folgende Politik stärkt das Vertrauen und die Investitionsbereitschaft von Bürgern und Bürgerinnen und Unternehmen in den eigenen Wirtschaftsstandort. Schulden von heute sind die Steuern von morgen. Der Wohlstand unseres Landes ist gefährdet, wenn er auf Dauer mehr ausgibt, als er einnimmt. Im Sinne der Generationengerechtigkeit gilt: Uebermässige Staatsverschuldung ist unsozial.

20

Die Mobilität ist für die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung von zentraler Bedeutung. Privater und Öffentlicher Verkehr ergänzen sich.

Die Bereiche Verkehr, Arbeitsplatz, Wohnen und Freizeit berühren jede Bürgerin und jeden Bürger täglich und unmittelbar. Jede Bürgerin und jeder Bürger legt täglich mehrere Wege zurück und ist dabei im Durchschnitt über eine Stunde unterwegs. Sie benutzen dabei Fusswege, Velowege, aber auch Strassen und Schienen für den öffentlichen oder den privaten Verkehr, sei es mit der Bahn oder mit dem Auto. Die Verkehrssysteme in den Agglomerationen kommen dabei heute in der Schweiz an ihre Grenzen. In dieser Situation gilt es, die Mobilität im ganzen Land zu sichern. Städte und Agglomerationen als national und international bekannte Stau-Schwerpunkte führen zu wirtschaftlichen Schwierigkeiten und schränken die Lebensqualität der betroffenen Bevölkerung ein. Nur eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur sichert Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze. Es müssen deshalb genügend und konstant Mittel für den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur zur Verfügung gestellt werden.

Dabei sind der individuelle und der öffentliche Verkehr gleichermaßen zu fördern. Eine Schwächung des einen würde zu einer Schwächung des Gesamtsystems führen. Gleich lange Spiesse für alle Verkehrsteilnehmer und Wirtschaftssubjekte sichern ein sinnvolles Nebeneinander von öffentlichem und privatem Verkehr. Ideologische Barrieren dürfen die Sicherstellung der für die wirtschaftliche Entwicklung nötigen Mobilität nicht behindern. Mobilität für Menschen mit Behinderung ist dabei eine Selbstverständlichkeit. Zu fördern sind neue, möglichst umweltverträgliche Verkehrskonzepte wie „Park and Rail“, Autoverlad und anderes kombinierte Angebote.

21

Die Sozialwerke sind finanziell so zu stabilisieren, dass auch künftige Generationen davon profitieren können.

Das Drei-Säulen-System, welches sich grundsätzlich bewährt hat, wollen wir erhalten. Mit der schrittweisen Schaffung von Anreizen, über die Altersgrenze hinaus zu arbeiten, mit der Beseitigung von negativen Anreizen für die Anstellung von älteren Arbeitnehmenden und mit flexiblen Lohn-, Arbeits- und Altersteilzeitmodellen wollen wir für entsprechende Reformen eintreten. Die BDP will die Grundelemente des Systems und deren Stärken beibehalten, nämlich Umlageverfahren und Solidarität zwischen den Einkommensgruppen bei der AHV, das Kapitaldeckungsverfahren beim BVG sowie das Obligatorium bei der Krankenversicherung. Bei der Finanzierung der AHV und des BVG ist eine weiter wachsende Lohnbelastung strikte abzulehnen, weil dies die internationale Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft beeinträchtigt. Die Anzahl Renter/innen nimmt im Verhältnis zu den Erwerbstätigen zu. Der damit verbundene Mittelbedarf darf nicht einseitig auf die Erwerbstätigen abgewälzt werden.

Das Instrument des Umwandlungssatzes in der zweiten Säule muss der Bevölkerung vermehrt erläutert und entsprechend der Entwicklung angewendet werden. Die BDP will alles daran setzen, um den Generationenvertrag einerseits und die Verteilung der Lasten auf Staat, Wirtschaft, Erwerbstätige sowie Senioren möglichst gerecht zu gestalten. Die Staatsausgaben im Sozialbereich dürfen im Verhältnis zum BIP nicht mehr weiter steigen. Die private Vorsorge dagegen muss entschieden mehr und nachhaltig gefördert werden.

22

Die Gesundheitspolitik stellt die Grundversorgung und Pflege für alle sicher und fördert die Spitzenmedizin. Dabei sind Rahmenbedingungen zu schaffen, die den Wettbewerb zwischen öffentlichen und privaten Leistungserbringern ermöglichen.

Die ambulante und stationäre medizinische Grundversorgung und Pflege muss für alle Versichertengruppen sichergestellt sein. Wir fordern Rahmenbedingungen, die eine unverzichtbare, qualitativ hochstehende Hausarztmedizin fördern. Die Hausärzte nehmen in der Grundversorgung eine zentrale Rolle ein; deshalb ist ihre Position zu stärken. Die Einführung geeigneter Qualitäts- und Kostenkriterien erleichtert objektiv begründbare Strukturentscheide im Bereich der öffentlichen und privaten Spitäler und verschafft den Bürgerinnen und Bürgern höhere Transparenz. Wir unterstützen die Weiterentwicklung der Spitzenmedizin unter Berücksichtigung klarer ethischer Leitlinien. Eine Vernetzung der Universitätskliniken in der Schweiz und im angrenzenden Ausland sowie eine sinnvolle Konzentration der hochspezialisierten Angebote auf weniger Standorte als heute ist uns aus Qualitäts- und Kostengründen wichtig. Die Pflege in Spitälern, Heimen, vor allem aber auch durch die Spitex zu Hause

wird in Zukunft mehr personelle Ressourcen erfordern. Der Ausbildung in den Pflegeberufen wollen wir deshalb unsere besondere Aufmerksamkeit schenken.

23

Die Ausländerpolitik hat klare und durchsetzbare Regeln. Die Zuwanderung von qualifizierten Arbeitskräften ist wirtschaftlich notwendig. Integration ist aktiv zu betreiben und einzufordern.

Die Steuerung der Zuwanderung muss sich primär nach den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes ausrichten. Qualifizierte Arbeitskräfte sind primär aus dem EU/EFTA-Raum zu rekrutieren, von ausserhalb nur, wenn es im genannten europäischen Raum keine gibt. Geringer qualifizierte Arbeitskräfte sollen von ausserhalb des EU/EFTA-Raumes grundsätzlich nicht rekrutiert werden dürfen. Ausnahmen dazu müssen gesetzlich geregelt werden. Bei der Asylpolitik ist der Missbrauch auf jeden Fall streng zu ahnden. Dabei darf auch nicht vor unpopulären Massnahmen zurückgeschreckt werden. Das eigentliche Recht auf Asyl soll durch konsequente Bekämpfung der Missbräuche gestärkt werden. An Leib und Leben bedrohten Menschen aus anderen Ländern soll die Schweiz selbstverständlich Schutz bieten. Die Schweiz muss alles daran setzen, im Bereich der Asylpolitik sehr eng mit den Nachbarländern und den europäischen Institutionen zusammenzuarbeiten. Migrationsströme sind ein weltweites und insbesondere auch europäisches Problem, welches an Brisanz zunehmen wird. Deshalb ist hier auch die aktive Beteiligung der Schweiz an der Erarbeitung internationalen Standards nötig und wichtig. Integrationsmassnahmen sind vom Staat durchzusetzen. Von den Ausländern muss ein aktives Bemühen um Integration eingefordert werden. Wer sich bewusst nicht integrieren oder unsere Verfassung respektieren will, hat bei uns kein Gastrecht.

24

Der Tourismus ist als Wirtschaftszweig für die Entwicklung und Stärkung vieler Regionen von grosser Bedeutung und unterstützt damit die Bemühungen für eine dezentrale Besiedelung der Schweiz.

Mit über 25 Milliarden Franken erwirtschaftet der Tourismus in der Schweiz mehr als drei Prozent des BIP. Weit mehr als die Hälfte davon ist dem Export zuzurechnen. Die BDP will diese Branche bewusst unterstützen. Primär gilt es, den Tourismusregionen bei den infrastrukturellen Aufgaben weiterhin staatliche Förderung zukommen zu lassen. Dies stärkt primär den ländlichen Raum. Die Pflege der Kulturlandschaften sowie deren Erschliessung erhöht die Attraktivität des wirtschaftlichen Standortes Schweiz und trägt damit indirekt deutlich zur Stärkung der Gesamtwirtschaft bei.